

erschienen in: etü: historikerInnen-zeitschrift, Nr. 1, 13. Jg., April 1997, S. 44-47.

Thema: Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Von "historischen Wahrheiten" und "selbstlosen Forschern"

Gedanken zum Umgang mit Geschichte

Von Patrick Kupper

Der starke aussenpolitische Druck machte es möglich: Unser ansonsten träges Konkordanzsystem lief zu bisher unbekannter Geschwindigkeit auf und binnen weniger Wochen fielen Entscheide, die vor kurzem noch unvorstellbar waren. Die Debatte zeigte aber auch, dass unseren Politikern das Denken in historischen Bahnen völlig fremd ist. Dabei wäre die Zeit reif für die Einsicht, dass die verhängnisvolle Praxis der historischen Feuerwehrrübungen einem stetigen Prozess der Erforschung der eigenen Geschichte weichen muss. An die Stelle von Sonderregelungen muss eine allgemeingültige Regelung der Aufbewahrungspflicht und des Einsichtsrechts für öffentliche und private Akten treten.

Einst, zu den Zeiten von Goethe und Schiller, galten die Deutschen als das Volk der Dichter und Denker. Analog könnte man die Schweizer das Volk der Beobachter und Berichterstatter nennen. Wohl in keinem anderen Land wird so ausführlich über die Ereignisse in aller Welt berichtet wie in unserem; führende Tageszeitungen wie die NZZ oder der Tages-Anzeiger plazieren denn auch die Ausland- vor den Inlandseiten. Seit Jahrzehnten haben wir uns darauf spezialisiert, von den Anhöhen der Alpen aus, quasi als unbeteiligte Zuschauer, den Lauf der Weltgeschichte zu kommentieren.

Plötzlich steht die Schweiz selber im Mittelpunkt der Weltpolitik, und es geht nicht etwa um Käse oder Uhren, sondern um die höchst delikate Frage nach historischer Schuld. Entsprechend gross ist die Verwirrung, die sich Politik und Öffentlichkeit bemächtigt hat,

seit unser Land aus den USA mit Vorwürfen eingedeckt wird, es habe zur Zeit des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz nicht nur Beobachter und Berichterstatter, sondern auch Täter gegeben.

Historische Wahrheit

Bundesrat und Parlament haben mit der Einsetzung einer Historikerkommission reagiert, welche in den Worten von Bundespräsident Delamuraz die "volle Wahrheit herausfinden" soll. Bereits im letzten November hat Professor Jörg Fisch in der NZZ darauf hingewiesen, dass hinter dieser Politik eine problematische Vorstellung von historischer Wahrheit steht (NZZ, 8.11.1996, Nr.261). Die Idee ist, dass man ein Team von Experten in die staubigen Archive schickt, wo dieses sodann nach "der historischen Wahrheit" findet, sie ausfindig macht, stellt und eingeklemmt zwischen ein paar Buchdeckeln hinaus ans Tageslicht befördert. Daraufhin könne der Bundesrat "die historische Wahrheit" in Empfang nehmen, auf ihrer Grundlage die angemessenen politischen Massnahmen treffen und die Geschichte schliesslich als geklärt ad acta legen.

Diese Argumentation, die sich in den Verlautbarungen des Bundesrates wie in den Diskussionen in den eidgenössischen Kammern zum Bundesbeschluss immer wieder findet, zeigt, dass unseren Politikern historisches Denken grundsätzlich fremd ist.

Geschichte als Prozess

In der Geschichtswissenschaft ist man sich nämlich seit Generationen, seit der Überwindung des klassischen Historismus einig, dass es *die* "historische Wahrheit" nicht gibt. Zwar können einzelne Fakten eindeutig und endgültig geklärt werden, um diese einzelnen Fakten aber miteinander in Verbindung zu bringen, zu gewichten und die komplexen Zusammenhänge zu einem Bild einer Epoche zu verdichten, braucht es den konstruktiven Beitrag der Geschichtschreibenden. Den Anspruch, den sich Leopold von Ranke, der bedeutendste Vertreter des klassischen Historismus, setzte, nämlich zu zeigen, "wie es eigentlich gewesen ist", ist theoretisch nicht einlösbar. Möglich sind nur hypothetische Aussagen, man kann nicht sagen, wie es gewesen ist, sondern nur, wie es gewesen sein könnte. Der englische Historiker Edward Carr definierte die Geschichte als "ein fortwährender Prozess der Wechselwirkung zwischen dem Historiker und seinen

Fakten, ein unendlicher Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit." Die Aufgabe des Historikers ist es, zu den ihm vorliegenden Fakten die *passende* Geschichte zu finden.

Bevor nun die vom Bundesrat berufenen Historiker und Historikerinnen ihre Arbeit überhaupt aufgenommen haben, werfen Politiker der Kommission oder einzelner ihrer Exponenten vor, "mit einer unvereinbaren Voreingenommenheit" (FDP-Parteipräsident Franz Steinegger) an die Sache heranzugehen. Insbesondere die These des Kommissionsmitglied Jakob Tanner, das Reduit sei eine Demutsgeste an Nazi-Deutschland gewesen, geriet einigen bürgerlichen Politikern in den falschen Hals. So erklärte Steinegger im Tages-Anzeiger: "Ich habe mich immer zur Aufarbeitung der Geschichte bekannt. Aber ich warne davor, mit vorgefassten Meinungen eine neue Bewertung der Schweizer Geschichte vornehmen zu wollen. Wir brauchen keine neue, marxistische Geschichtsschreibung." Ab solcher Äusserungen kann man nur staunen. Geschichtsaufarbeitung? Ja natürlich, aber Hände weg von unseren Heiligtümern. Hier müssen gleich ein paar Pflöcke eingeschlagen und die Grenzen markiert werden; und wehe dem, der diese überschreitet. Wenn es ans Eingemachte geht, scheinen die Argumentationsmuster aus der Epoche des Kalten Krieges ungebrochen in die Gegenwart tradiert. Gehe doch nach Moskau, wenn es dir hier nicht passt, hiess es damals; heute verweigert man die Diskussion, indem man unliebsame Meinungen als marxistisch verschreit; und damit Punkt. Ende. Aus.

Dem Feindbild des "roten Jakob" stellt Christoph Blocher das Ideal des selbstlosen Forschers gegenüber, das für ihn, wen wundert's, Edgar Bonjour, der Doyen der schweizerischen Neutralität, verkörpert.

Parteilichkeit und Objektivität

Nur den selbstlosen Forscher gibt es ebensowenig wie die historische Wahrheit. Die Geschichtswissenschaft ist, sofern sie keinen Selbstzweck erfüllen oder nur dem Amusement dienen soll, eine Wissenschaft, die sich mit Problemen befasst. Und ihre Probleme stellen sich, nichts könnte diese Tatsache besser illustrieren als die aktuelle Debatte, in der Gegenwart. Der Historiker ist der Gegenwart verpflichtet, aber auch von der Gegenwart geprägt. Und der Historiker ist Partei. Seine Fähigkeiten, Interessen und Einstellungen sind Grundbedingungen für die historische Arbeit. Daneben muss er sich

um Objektivität bemühen. Nun ist diese Objektivität aber keine absolute, kann es gar nicht sein. Der deutsche Sozialhistoriker Jürgen Kocka spricht daher nicht mehr vom Postulat der Objektivität, sondern stellt Kriterien auf für die "Angemessenheit historischer Argumente". Seine Kriterien schliessen Fahrlässigkeit, Verfälschung, Willkür und Zweckentfremdung des historischen Arguments aus, legen aber keine starren Regeln fest, sondern bezeichnen vielmehr Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn ein Argument geschichtswissenschaftlich noch ernst genommen werden soll. So besteht zwischen dem Anspruch, wahre Aussagen über historische Sachverhalte zu machen, und der Einsicht in die Parteilichkeit, die diesen Aussagen anhaftet, eine Spannung. Diese Spannung bildet nun die Grundlage des endlosen historischen Gesprächs, sein Inhalt ist der fortlaufende Streit um die passenderen Argumente oder die besseren Erklärungen.

Die Krise als Chance

Es wäre an der Zeit, endlich aus der Geschichte der Aufarbeitung der Schweizer Vergangenheit zu lernen. Bereits zweimal schickte der Bundesrat, beide Male ebenfalls durch historische Veröffentlichungen im Ausland getrieben, Einzelkämpfer ins Rennen, um Licht in die Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs zu bringen, in den 50er Jahren den Rechtsprofessor Carl Ludwig, in den 60er Jahren den Historiker Edgar Bonjour. Dennoch haben die Schatten des Zweiten Weltkriegs die Schweiz wieder eingeholt. Diesmal setzen die Politiker ein Team von Experten auf unsere Geschichte an. Sicherlich ein Fortschritt, der aber wohl auf den im Vergleich massiveren äusseren Druck zurückzuführen ist. Dabei birgt die jetzige Krise die Chance für einen fundamentalen Wandel, eine grundsätzliche Neuorientierung in sich, zeigt sie doch, dass die Politik der Sonderregelungen, der temporären Lüftung der Staatsgeheimnisse für eine exklusive, handverlesene Schar von Forschern gescheitert ist - scheitern musste. Von dieser Feststellung ist es nur kurzer Schritt zur Einsicht, dass die Praxis der historischen Feuerwehrübungen einem kontinuierlichen Prozess der Erforschung der eigenen Geschichte weichen muss. Dies ist kein Votum gegen die Historikerkommission, sie ist wichtig. Allerdings müssen die mit ihr verbundenen Ziele nochmals breit diskutiert werden. Der Zeitpunkt dazu ist günstig, hat sich doch die Ausgangslage markant verändert. Einerseits hat man nun auch in politischen Kreisen wahrgenommen, dass die Kommission bei ihrer Forschung nicht bei Null anfangen muss, und andererseits hat die

Idee der "Stiftung für Solidarität" die Kommission von der Aufgabe entlastet, Grundlagen für konkrete Zahlungen zu liefern.

Allgemeingültige Regelung

Die Arbeit der Historikerkommission muss den Beginn, nicht den Abschluss einer Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg markieren. Damit dies möglich ist, muss die Forderung, die Jörg Fisch in der NZZ aufgestellt hat, erfüllt werden: "An die Stelle einer Sonderregelung, die privilegierten und exklusiven Zugang zu den Akten für eine Kommission vorsieht, muss eine allgemeingültige, die volle Rechtsgleichheit wahrende Regelung der Aufbewahrungspflicht und des Einsichtsrechts für öffentliche und private Akten treten. (...) [Die Historikerkommission] sollte nicht durch den Staat, sondern durch die Öffentlichkeit kontrolliert werden, insbesondere durch die in freiem Wettbewerb und unter gleichen Bedingungen durchgeführte Forschung."

Es geht also einerseits darum, der Geschichtswissenschaft günstige rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, und andererseits, die konkrete Forschungsarbeit grosszügig zu unterstützen. Die Massnahmen dürfen sich nicht auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs beschränken, sondern müssen in jeder Beziehung allgemeingültig sein, ansonsten werden uns die dunklen Seiten unserer Vergangenheit immer wieder unerwartet und unvorbereitet einholen.

Politische Aufgabe

Es wäre gerade die Aufgabe bürgerlicher Politiker, die offenbar Angst haben, dass eine kleine Gruppe voreingenommener Historiker Amok laufen und ihre lieb gewonnenen Geschichtsbilder über den Haufen schiessen könnte, sich für eine solche zukunftsweisende Lösung einzusetzen. Franz Steinegger irrt sich; wir brauchen eine neue Bewertung der Schweizer Geschichte, und wir werden fortlaufend neue Bewertungen brauchen. Damit Steinegger in kommenden Diskussionen mehr zu bieten hat als die kalte Schulter des Kalten Kriegers, müsste es in seinem Interesse sein, die Frage der Aufbewahrung von und des Zugangs zu historischen Akten auf die politische Agenda setzen und sich für eine grosszügige, liberale Lösung stark machen. Dann können wir uns

zukünftig auf einer umfassenden Grundlage gemeinsamer Fakten über unsere Geschichte streiten, auf dass die besseren und passenderen Argumente siegen. Wohlverstanden, es geht nicht ums Streiten um des Streitens willen und noch weniger um eine marxistische oder sonstwelche Subversion, sondern darum, im Gespräch um Vergangenes den Blick für die aktuelle Situation der Schweiz zu schärfen und den Geist für zukünftige Entwicklungen zu öffnen.